



Niederschrift

14. Plenarsitzung des Gemeinderates
30. September 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 21 der Tagesordnung: Bebauungsplanverfahren in Karlsruhe

Antrag: CDU

Vorlage: 2025/0361

Punkt 21.1 der Tagesordnung: Bebauungsplanverfahren in Karlsruhe: Stadtplanungs-Strategie auf den Weg bringen

Ergänzungsantrag: CDU

Vorlage: 2025/0361/1

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 21 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss am 24. Juli 2025; verwiesen aus der Gemeinderatssitzung vom 27. Mai 2025.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Wie kommen wir in diesem Land, wie kommen wir in dieser Stadt, wie kommen wir in der Stadtplanung in die Gänge? Das ist der Gegenstand unserer beiden Anträge, die sich ergänzen. Ich gebe zu, die Antwort der Verwaltung auf den ersten Antrag hat uns dann doch bewogen, noch ein bisschen präziser nachzufragen. Ich hoffe, dass uns die meisten hier konzедieren werden, dass wir doch erhebliche Informationen rausgefördert haben, die für die weitere Betrachtung der Funktionstüchtigkeit unserer Planungsprozesse von Bedeutung sein können. Wir sind uns wohl alle einig und schreiben uns das auf die Fahnen, dass wir mit Wohneinheiten eine nachhaltige Mietpreisbremse auf den Markt bekommen und nicht mit anderen kleineren kosmetischen Dingen. Wir müssen effektiv Wohneinheiten auf den Markt bringen. Wir müssen effektiv Gewerbeflächen ausweisen, damit wir die Nachfrage bedienen können. Deshalb brauchen wir nicht nur einen Bau-Turbo, sondern wir brauchen auch einen Planungsturbo.

Wenn man jetzt die Vorlagen der Verwaltung liest, dann ist man zunächst ernüchtert. Wir verstehen jedenfalls, so die Verfasser, dass die bisherigen Abläufe, die gesetzlichen Schranken und so weiter die Arbeit sehr erschwert. Zahlreiche Arbeitskreise müssen gebildet werden, um alles aufeinander abzustimmen. Im ersten Moment meint man doch, eigentlich macht man schon immer alles richtig. Und was wollt ihr eigentlich? So sieht es aber, wenn man zwischen die Zeilen geht, doch nicht aus. Ich glaube, dass es noch Möglichkeiten der Beschleunigung herausgearbeitet hat. Auch zwischen den Zeilen können wir das erkennen. Da sind wir eigentlich sehr hoffnungsfroh. Wir haben zum Beispiel erfahren, dass man verschiedene Projekte priorisieren will, um sie transparenter zu machen. Das ist schon der richtige Weg. Auch wir als Gemeinderat müssen verstehen, wie die Dinge ablaufen. Die Verwaltung führt dann zwar einige Argumente dagegen, das überzeugt uns nicht. Ich glaube, für den Gemeinderat ist es erheblich und wichtig, dass wir die Prozesse, auch die hinderlichen Prozesse rechtzeitig erkennen, um sie dann auch abstellen zu können. Ich denke, ein Punktesystem, so wie wir es in die Diskussion reingebracht haben, bringen Planbarkeit, Nachvollziehbarkeit und Fairness. Ich glaube, das sollte in der weiteren Diskussion beachtet und gewürdigt werden. Ansonsten hoffe ich, dass wir wirklich erheblich schneller werden, als wir das bisher sind.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Lieber Kollege Pfannkuch, grundsätzlich können wir Ihrer Frustration folgen, die Sie ein bisschen zum Ausdruck bringen, dass Sie versuchen, hier ein bisschen den Finger in die Wunde zu legen, weil wir alle, Gemeinderat, Verwaltung eingeschlossen, glaube ich, nicht so ganz zufrieden sind, wie zügig wir aktuell mit Bebauungsverfahren vorankommen. Daher ist es vollkommen richtig, das Thema hier zu adressieren. Ich glaube, wenn jetzt alle jeweils drei Minuten dazu reden, werden wir aber nicht wirklich einen Schritt weiterkommen, weil das Thema doch etwas komplexer ist und auch noch mehr Tiefe bedarf. Das beweisen auch schon die beiden sehr umfangreichen Antworten der Verwaltung, die auflisten, dass die Verwaltung das Problem auch selbst erkannt hat und auch schon Lösungsansätze erarbeitet, diese Lösungsansätze uns schon seit einem Jahr mehrfach vorgestellt hat. Das ist jetzt keine Überraschung, dass Optimierungen der Prozesse auch schon am Laufen sind.

Von daher nehmen wir gerne dieses Angebot auf, wie es in den Stellungnahmen beschrieben ist, dass wir im Dezember im Planungsausschuss noch mal intensiv darüber sprechen, wie die Prozesse aktuell ablaufen, an welcher Stelle wir die Prozesse optimieren können, aber vor allem auch wie das Zusammenspiel zwischen Verwaltung, Gemeinderat und der Bürgerschaft ist. Ein ganz wesentlicher Punkt, der auch benannt wird, gerade in der Stellungnahme zum ersten Antrag, ist auch, ich sage jetzt mal, das gestiegene Engagement der Bürgerschaft, sich in Prozessen, Planungsprozessen im Innenbereich einzubringen, völlig zu Recht, und dann auch die Notwendigkeit, für uns als Gemeinderat Prioritäten zu setzen, um der Verwaltung die Richtung zu zeigen, in die sie bitte dann auch laufen möge. Es ist vielleicht schwierig zu erahnen, wohin jetzt alle laufen wollen, wenn wir es nicht schaffen, die Prioritäten zu setzen. Das heißt, dann müssen wir uns grundsätzlich an die eigene Nase fassen und auch zu richtungsweisenden Entscheidungen kommen. Welches Verfahren wollen wir fortsetzen, damit es auch wirklich vorwärts geht? Und welches Verfahren wollen wir vielleicht auch beenden, weil es gerade stockt und nicht vorwärts geht? Ich nenne jetzt keine Beispiele, aber man kann, glaube ich, in die vergangenen Ratssitzungen gucken, welche wir hier schon aufliegen hatten, die man vielleicht beenden könnte.

Aber genau solche Entscheidungen müssen wir uns trauen, damit wir nicht die Zeit versenken und irgendwo gegen Wände rennen, bei denen wir nicht weiterkommen. Das ist ein Prozess, den wir gemeinsam gehen werden, gerne zusammen in der angekündigten Planungsausschusssitzung, aber sicherlich auch darüber hinaus.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Planungsprozesse dauern in diesem Land zu lange, und ja, es ist frustrierend und ja auch ein Stück weit enttäuschend aus verschiedensten Gründen. Für uns als SPD-Fraktion stellt sich nur die Frage, ob der Adressat des Antrags der Richtige ist. Die Restriktionen, über die wir diskutieren, sind nicht von uns hausgemacht in vielen Fällen, sondern kommen vom Land, von der Landesgesetzgebung, kommen von der Bundesgesetzgebung. Und letztendlich sind wir auf kommunaler Ebene die ausführenden Organe. Vielleicht machen wir uns das Leben auch an der einen oder anderen Stelle schwer, zu schwer, aber in Summe glaube ich, haben wir als Kommunen nur bedingt Einflussmöglichkeiten. Wir wollen oder benötigen Rechtssicherheit in den Planungsprozessen, was sicherlich einer der Gründe ist, warum die Prozesse, die Planungen auch so lange dauern. An manchen Stellen ist es aber auch so, Herr Löffler hat es ausgeführt, dass es immer wieder auch aus Partikularinteressen hier im Haus nicht die Bereitschaft gibt, zu springen, wenn es zum Schwur kommt. Das sind vielfältige Gründe, warum Planungsprozesse zu lange dauern oder länger dauern, und die Verwaltung hat letztendlich einen Weg aufgezeigt.

Spätestens seit der letzten Gemeinderatsklausur diskutieren wir darüber, Planungsprozesse neu aufzusetzen, und es obliegt uns zu priorisieren, als Gemeinderat zu sagen, was wir wollen und wie wir es wollen, aber es entbindet uns nicht davor, Rechtssicherheit einzufordern. Was nützt die schönste Planung, wenn am Ende des Tages von Gerichten die Planungen wieder eingefangen werden? In diesem Sinne unterstützen wir den aufgezeigten Weg, hoffen auf eine vertiefte Diskussion in den entsprechenden Fachausschüssen und freuen uns auf die weitere Diskussion.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Pfannkuch, Ihnen gebührt Dank dafür, dass Sie diese beiden Anfragen gestellt haben und uns allen ein wenig besser klargemacht haben, wo die Probleme liegen, durch die Antwort der Verwaltung. Man muss allerdings alles lesen, was da drinsteht. Hier steht zum Beispiel in der Antwort der Verwaltung: „Der Einfluss der Bundes- und Landesgesetzgebung auf Verfahrensdauer und Anzahl abgeschlossener Verfahren ist als hoch zu bewerten.“ Dann geht es weiter: „Auf Bundes- und Landesebene wurden in den letzten zehn Jahren viele neue gesetzliche Anforderungen eingeführt. Diese erweitern die Prüf- und Abwägungspflichten erheblich.“ Es ist zwar jetzt vielleicht nicht ganz fair, weil Sie nicht diejenigen sind, die dort sitzen, aber ich darf darauf hinweisen, dass die CDU seit 1953 nur von 2011 bis 2016 nicht in der Landesregierung war und dass sie auch im Bund bis auf die dreieinhalb Jahre von 2021 bis 2025 in den letzten 20 Jahren Verantwortung getragen hat. Bei der SPD ist es im Bund genauso, seit 1997 nur vier Jahre nicht in der Regierung gewesen. Was wir hier als Ergebnis haben, was uns hier Probleme bereitet, ist eine Bundes- und Landesgesetzgebung, die Ihre Parteien zu verantworten haben. Das muss man einfach mal ganz klar so sagen. Damit schlagen wir uns jetzt rum, und es wird letztendlich im Bund auch zurzeit von der Großen Koalition so gesehen.

Es soll jetzt diesen Bau-Turbo geben, der diese Regeln zumindest teilweise wieder außer Kraft setzt. Da kann man sich natürlich wirklich fragen, ob das der richtige Weg ist, weil wir werden, wenn wir jetzt mit diesem Bau-Turbo konfrontiert sind, als Kommune Schwierigkeiten haben, den richtigen Weg zu finden. Welche Gesetze gelten jetzt noch, welche

sind außer Kraft gesetzt, und wie gehen die Bürger dann damit um? Ihre Anfrage in allen Ehren, aber es ist davon auszugehen, dass die Situation noch viel schwieriger wird durch diesen Bau-Turbo. Das heißt, wir werden noch mehr Aufwendungen haben vonseiten der Verwaltung, um Licht ins Dunkle zu bringen. Ich würde an Sie appellieren, an Ihre Kollegen in der Verantwortung im Bund zu appellieren, doch wirklich die Dinge zu vereinfachen, damit sie von der Kommune überhaupt noch durchgeführt werden können.

Stadträtin Lorenz (FDP/FW): Ich kann den Antrag und die Antwort der Verwaltung eigentlich in zwei Sätzen zusammenfassen. Die CDU möchte, dass wir gerne schneller und billiger bauen, und die Verwaltung sagt, wir machen schon alles. Darüber diskutieren wir jetzt seit, glaube ich, 20 Minuten. Die Willensbekundung ist bei allen da. Die Problematik ist vielfältig. Wir sind - ich bin auch im Planungsausschuss - seit der letzten Klausur auf einem Weg, diese Prozesse zu optimieren. Ob das die gewünschte Beschleunigung bringt, bleibt offen. Die Frage stellt sich mir natürlich auch, wenn man das von außen immer zugetragen kriegt, wenn man dann sagt, jetzt liegt es wieder beim Umweltamt, und dann liegt es wieder beim Zentralen Juristischen Dienst, und dann warte ich Wochen und Monate und muss nachfragen, warum man diese Optimierungen jetzt erst beginnt, warum es die nicht schon seit fünf oder zehn Jahren gibt.

Die andere Frage, die sich mir stellt: Wenn es diesen Bau-Turbo dann irgendwann tatsächlich mal gibt, wer soll denn den zünden? Haben wir bis dahin überhaupt noch genügend Baufirmen, die hier die Zündung starten und, wie in anderen Ländern, pro Nacht eine Etage auf das Hochhaus draufbauen? Da darf man gespannt sein. Natürlich unterstützen wir gerne das Anliegen der Kollegen von der CDU und sind auch gespannt, welche Zündkerzen die Verwaltung und die entsprechenden Ausschüsse noch für uns bereithalten.

Der Vorsitzende: Eine Zündkerze ohne Motor nützt auch nicht viel, Frau Lorenz. Damit können wir den Tagesordnungspunkt abschließen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
16. Oktober 2025